

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insektionspreis: die
kleinstmögliche Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

52. Jahrgang.

Sonnabend, den 18. November

1905.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Amts-Unterhaltungsbl.“
u. der Humor-Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Nr. 136.

Öffentl. Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg
findet **Montag, den 27. November 1905** von **nachmittags 3 Uhr** an im Verhand-
lungslokal der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft statt.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
am 13. November 1905.

Nr. 25 des II. Nachtrages zum Schankstättenverbotsverzeichnis ist zu
sprechen.

Stadtrat Eibenstock, den 16. November 1905.
Hesse.

Das **Kontursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns
Georg Rudolf Rockstroh in Eibenstock
wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Eibenstock, den 14. November 1905.

Königliches Amtsgericht.

In der öffentlichen Vorbilderammlung

der hiesigen Zweiganstalt der Königl. Kunstschule für Textilindustrie zu Plauen sind seit heute
die neu erworbenen Vorbilder ausgestellt. - Selbige sind sehr reichhaltig und bestehen in Gardinen,
Roben, Beck- und Seidenstickereien.

Kneisel.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. In der alten Reichsstadt Nürnberg ist, wie schon erwähnt, am Dienstag in Anwesenheit des Kaiserpaars, des Prinz-Regenten von Bayern, des deutschen Kronprinzen, des Großherzogs und der Großherzogin von Baden, des Reichskanzlers sowie einer glänzenden Reihe weiterer Fürstlichkeiten und ministeriellen Gäste das von der Stadt Kaiser Wilhelm dem Großen errichtete Denkmal enthüllt worden, das erste Denkmal, das das rechtsrheinische Bayern dem Gedächtnis des ersten deutschen Kaisers weiht. In einer bedeutenden, von wärmster nationaler Begeisterung getragenen Rede wußte Kaiser Wilhelm dem feierlichen Ereignisse gerecht zu werden.

— In der deutschen Geschäftswelt macht sich eine Unruhe wegen der künftigen Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn bemerkbar. Von dem Tage des Inkrafttretens der neuen Zolltarife in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn trennen uns etwas über 3 Monate. Mit dem gleichen Termine geht der alte, zwischen beiden Reichen abgeschlossene Handelsvertrag zu Ende. Der neue Vertrag ist zwar zwischen den Regierungen vereinbart, ratifiziert ist er aber immer noch nicht. Es ist demnach nicht die völlige Sicherheit dafür gegeben, daß er auch wirklich in Kraft tritt. Auf deutscher Seite steht ein Hindernis der Vollziehung der Ratifikation nicht im Wege, nachdem der Reichstag schon in der vorigen Tagung seine Zustimmung zum Vertrage gegeben hat. Auf österreichisch-ungarischer Seite aber liegen die Verhältnisse nicht ebenso. Nun ist zwar formell jeder der beiden Kontrahenten nur gebunden, die Ratifikation, wenn überhaupt, in der Zeit bis zum 28. Februar 1906 zu vollziehen, es liegt aber auf der Hand, daß, je weiter der endgültige Vollzug des Vertrages hinausgeschoben wird, umso schwieriger sich der geschäftliche Verkehr zwischen beiden Ländern gestaltet. Die Geschäftswelt weiß nicht, mit welchen Zollätzen sie bei ihren Kalkulationen zu rechnen hat, sie kann sich aber nur dann auf ein Geschäft einlassen, wenn dessen Ergebnis genau zu übersehen möglich ist. Ein großes Interesse an der recht baldigen Ratifikation des neuen deutsch-österreichisch-ungarischen Vertrages hat nicht bloß die deutsche, genau daselbe Interesse hat die österreichisch-ungarische Geschäftswelt. Es wäre deshalb durchaus zweckmäßig, wenn die nötigen Anstalten zur Vollziehung des Vertrages recht bald getroffen würden. Mit der bloßen Hoffnung, daß die Ratifikation des neuen Vertrages vor dem Ablaufe des alten schon erfolgen werde, ist der Geschäftswelt nicht geholfen. Sie muß geraume Zeit vor dem kritischen Tage ihre Kalkulationen vornehmen können, jedenfalls für alle Geschäfte, die nicht von heute auf morgen vollzogen werden. Deshalb wird nochmals der dringende Wunsch nach baldiger endgültiger Klarstellung der Angelegenheit geäußert werden dürfen.

— Berlin, 15. November. Die „N. A. Z.“ schreibt heute: Wie wir hören, ist der Direktor der Kolonialabteilung, Birkel, Geheimrat Legationsrat Dr. Stübel, für einen Gesandtenposten designiert. Für die Leitung der Kolonialabteilung ist der Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg in Aussicht genommen.

— Berlin, 15. November. Der Kommandant von S. M. S. „Thetis“ meldet aus Zanzibar nachstehendes: Vaasche ist stromabwärts bis hinter Pangani-Wasserfall marschiert und hat dort Kilwa-Leute überfallen. Verlust des Feindes beträgt 24 Tote, darunter der Häufelührer Hongo, und mehrere Gefangene. Die Borräte wurden genommen. Ein eingeborener Soldat ist schwer verwundet. Oberleutnant zur See Sommersfeld hat mehrere Expeditionen unternommen, wobei der Feind Verluste erlitten hat. Leutnant Stengel unternimmt mit Mannschaften vom „Buffard“ eine 12tägige Expedition nach Mahongan und Witima. — Ribata ist am 27. Oktober während der Nacht erfolglos von Aufständischen angegriffen worden, ebenso Kilossa am 8. November frühmorgens. Leutnant Engelbrecht ist dorthin marschiert. Das Detachement des Oberleutnant Stieler ist nach Massaffe gesandt worden.

— Rußland. Die allgemeine Verabigung, die in den Birren letzter Tage festzustellen war, scheint neuen Schrecken von unabsehbarem Umfange weichen zu müssen.

Die Petersburger Blätter veröffentlichen einen Beschluß des Rates der Arbeiter-Deputierten Petersburgs, wonach zum Zeichen der Solidarität mit den Kronstädter Meuturern und dem revolutionären Polen-Proletariat ein allgemeiner politischer Ausstand begonnen werden soll mit der revolutionären Losung: Fort mit dem Kriegsgericht, der Todesstrafe und dem Kriegszustande in Polen und im ganzen Reiche. Dem Beschluß der Zentral-Steuerkomitees folgten bisher ein großer Teil der Eisenbahner, fast alle Arbeiter in den Fabriken und Buchdruckereien und die Seher, sowie die Arbeiter einzelner elektrischen Gesellschaften.

— Petersburg, 15. November. (Privattelegramm.) Die Behörden treffen Vorbereitungen für schwere Straßenkämpfe. Ganze Batterien Maschinengewehre werden in Position gebracht. Die Bürgerchaft flüchtet. Alle nach auswärts gehenden Schiffe füllen sich im Augenblick mit Flüchtlingen, meistens Frauen und Kindern. Sie gehen mit größter Hastgeschwindigkeit nach deutschen Häfen. Die Arbeiter haben zu Donnerstag nachmittags eine bewaffnete Kundgebung von einer halben Million Mann angedroht. 99 000 Mann haben am Mittwoch die Arbeit eingestellt. Starke Truppenabteilungen verhindern Versammlungen, doch wurden trotzdem zahlreiche Zusammenkünfte abgehalten, in denen einstimmig Beschlüsse zugunsten eines Kampfes mit den Waffen gefaßt wurden.

— Petersburg, 15. November. Das seit zwei Tagen umlaufende Gerücht von einer Meuterei der Matrosen und Artilleristen in Wladiwostok wird durch eine Drahtmeldung der „Nowoje Wremja“ bestätigt. Die Stadt wurde geplündert und in Brand gesteckt. Am ersten Tage der Unruhen wurden gegen 300 Meuterer getötet. Dasselbe Blatt erklärt, von einer Meuterei in Kronstadt könne vom juristischen Standpunkte aus keine Rede sein, da die Vorgesetzten bei den Vorgängen nicht anwesend gewesen seien. Es handele sich nur um Exzesse und Plünderungen, welche in trunkenem Zustande ausgeführt wurden, also um Verbrechen, die nicht mit der Todesstrafe geahndet werden.

— Norwegen. Christiania, 16. Novbr. Die Regierung hat dem Storting heute mitgeteilt, daß sie entsprechend der ihr vom Storting erteilten Ermächtigung sich an den Prinzen Karl von Dänemark gewandt habe. Prinz Karl habe darauf geantwortet, daß er gegebenenfalls bereit sei, die Wahl zum König von Norwegen anzunehmen.

— Türkei. Nach einem Drahtbericht aus Konstantinopel hat sich die deutsche Regierung allen Maßnahmen angeschlossen die von den Mächten ergriffen worden sind, um von der Pforte die Annahme der Finanzagenten und ihres Programms zu erlangen. Die deutsche Regierung wird jedoch kein Kriegsschiff zu der Flottenkundgebung entsenden können, da sich kein deutsches Kriegsschiff im Mittelmeer befindet. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge soll, wie uns ein Telegramm aus Wien berichtet, das österreichische Kreuzergeschwader am Sonnabend in See gehen und die Richtung nach der Bafika-Bai nehmen, falls die Pforte bis heute Freitag das Ultimatum nicht annimmt.

— Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet: Die Mächte haben sich geeinigt, Oesterreich-Ungarn das Kommando über die Flottendemonstration zu übertragen. Zum Kommandanten der österreichischen Kreuzerdivision ist der Hafentendant von Pola, Vizeadmiral von Ripper ernannt worden.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 16. November. Bei der jetzt herrschenden Glätte auf den Fußwegen können die Hausbesitzer nicht sorgfältig genug sein beim Streuen und Entfernen der Schneehügel. Gestern fiel in der Oberstadt eine Frau dermaßen, daß sie nicht mehr im Stande war, sich allein nach Hause zu begeben. Sie wird längere Zeit das Bett hüten müssen. Also Vorsicht!

— Eibenstock, 17. November. Auf eine in unserer öffentlichen Vorbilderammlung stattgefundene Auswechselung von Vorbildern, welche äußerst reichhaltig und anregend arrangiert ist, machen wir besonders aufmerksam.

— Dresden. Am Dienstag begann die zweite Kammer die Etatsberatung. Finanzminister Dr. Rüger warnte in seinem Finanzeposé vor allzugroßem Opti-

mismus und berührte das finanzielle Verhältnis zum Reiche, das er als nicht zufriedenstellend bezeichnete. Auch die starke Zunahme der Reichsschulden, die wegen der Matrularbeitragspflicht der Einzelstaaten auf diese rückwirkende Kraft hätten und also im letzten Grunde Landesschulden seien, mahne zu einer Verminderung der Staatsschulden. Daß die finanziellen Verhältnisse des Reiches nichts weniger als befriedigende seien, werde von keiner Seite bestritten. Die Matrularbeitragspflicht der Einzelstaaten sei eine ungemessene. Unaufrichtig drohe der Rückgriff der Reichsordnungen auf die Landesfinanzen. Ob die Reichsfinanz-Reform hierin Abhilfe bringen werde, lasse sich mit Wahrscheinlichkeit nicht absehen. Was die Eisenbahnbetriebsmittel-Gemeinschaft und die Stellung der sächsischen Regierung zu ihr betreffe, so habe die letztere an den zunächst zwischen Preußen und den süddeutschen Regierungen eingeleiteten Verhandlungen sich beteiligt, weil auch sie die Vorteile nicht verkannte, die dem Lande aus einer solchen Gemeinschaft erfließen müßten; es habe sich aber schließlich herausgestellt, daß ihrer Durchführung in dem geplanten Umfange die erheblichsten Schwierigkeiten finanzieller, etatsrechtlicher und selbst staatsrechtlicher Art entgegenstehen. Um einen Ausweg zu finden, habe die bayerische Regierung einen Antrag eingebracht, der die gemeinsame Benutzung des Güterwagengartens ins Auge fasse, der aber mit der Frage der Güterumleitung und der Betriebsmittel-Gemeinschaft in keinem Zusammenhang stehe, auch nicht mit der geplanten Personal-Tarif-Reform. Die sächsische Regierung habe sich zur Weiterberatung des bayerischen Antrages mit Freuden bereit erklärt, denn dieser neue Plan werde leichter durchführbar sein als die früher in Aussicht genommene Gemeinschaft, und man dürfe hoffen, daß ein Ergebnis erzielt werde, das den Interessen des Verkehrs und denen der Staatsbahn-Verwaltungen in gleicher Weise entspreche. Zum Schluß betonte der Finanzminister, daß sich die sächsischen Finanzverhältnisse zwar in einer erfreulichen Besserung befinden, daß aber, um zu einer völligen Gesundung zu gelangen, immer noch die größte Vorsicht geboten sei.

In die Mittwochs-Tagesordnung eintretend, gab der Präsident zunächst dem Kriegsminister v. Hausen das Wort, der hinsichtlich der Beschaffung eines Truppenübungsplatzes für das XII. Armeekorps die Erklärung abgab: wegen der hohen Bodenbewertung sei es bisher nicht möglich gewesen, einen geeigneten Übungsplatz in Sachsen zu finden, es sei dann ein Terrain zwischen Belgern und Torgau auf preussischem Gebiet in Aussicht genommen worden. Voraussetzung für den Erwerb dieses Terrains sei die Erbauung einer Eisenbahn Würzen-Torgau oder Riesa-Torgau durch Sachsen. Inzwischen aber sei der Königl. Staatsregierung ein geeignetes Terrain nördlich von Königsbrück zu annehmbaren Bedingungen angeboten worden und die Verhandlungen nähmen einen guten Verlauf, so daß Aussicht auf einen Abschluß vorhanden sei. (Bravo.) Sollte aber diese Voraussetzung sich nicht erfüllen, so werde man doch auf das Terrain Torgau-Belgern zurückkommen müssen, wo, seit die Konkurrenz von Königsbrück dort bekannt geworden sei, man das Gelände billiger abgeben und auch auf den Eisenbahnbau verzichten wollte. Die Kammer nahm diese Mitteilung unter Beifall zur Kenntnis.

— Riesa. Von einem eigenartigen Mißgeschick wurde vorgestern der mit Briefetts beladene, auf der Talfahrt begriffene Kahn des Schiffseigners Karl Todte aus Alen unterhalb Strehla betroffen, indem binnen einer Stunde sowohl der Steuermann — der Eigner selbst — als auch der Schiffs-haupter, Ernst Matthes aus Rünchitz, vom Tode ereilt wurden. Ueber den durch Herzschlag eingetretenen plötzlichen Tod des Haupters am Steuer erregte sich der Steuermann derart, daß er von einem Blutsturz befallen wurde, der binnen wenigen Minuten auch seinem Leben ein jähes Ende bereitete.

— Döbeln. Beim Räumen der Schleusen zog sich vorigen Sonnabend der städtische Arbeiter Herzog, der in die Hauptschleuse eingestiegen war, durch Einatmen von Schleusengasen eine Vergiftung zu, an deren Folgen er gestorben ist.

— Wilsdruff, 15. November. Jemliche Aufregung gab es jüngst in einem benachbarten Orte. Der Gemeindevorstand ging von Haus zu Haus und verkündete, daß